

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 45

Köln, den 6. November 1931

32. Jahrg.

Technik und Wirtschaftsführung.

Zur Eröffnung des Wintersemesters des Essener Hauses der Technik sprach der bekannte Schöpfer des Deutschen Museums in München, O. von Miller über die Rolle der Technik im Wirtschaftsleben und in der Wirtschaftskrise. Soweit sich aus den Zeitungsberichten ersehen läßt, haben die Worte des allgemein anerkannten und im Arbeitgeberlager besonders geschätzten Gelehrten für die Arbeiterschaft grundsätzliche Bedeutung, weil hier endlich ein Vertreter der Wissenschaft vor einem geladenen Kreise von Wirtschaftsführern und Technikern des Ruhrgebietes den wirtschaftspolitischen Standpunkt der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften als allein richtig verkündet. Dem Kölner Stadtanzeiger zufolge hat von Miller nämlich u. a. gesagt, daß die Schuld an der furchtbaren Krise der Gegenwart nicht die Technik, die „Wohltäterin der Menschheit“ trage, sondern die Tatsache, daß die Menschen in ihren sozialen Anschauungen, ihren finanzwirtschaftlichen Methoden und in ihrer Gesetzgebung den technischen Fortschritten nicht hätten folgen können. Einschränkung des Verbrauchs sei keine wirkliche Hilfe gegen die Überproduktion, die heute die ganze Wirtschaft bedrohe und die Menschen arbeitslos mache. Helfen könne nur eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Verbrauches. Die Ausfindigmachung der besten Art der Arbeitszeitverkürzung sei des ernstesten Studiums wert. Die Erzeugung und Befriedigung neuer Bedürfnisse habe, wie die Geschichte der Technik zeigt, die Menschen noch nie ärmer und unglücklicher gemacht. Es komme heute nur darauf an, die finanzwirtschaftlichen Methoden zu verbessern, damit nicht Kapitalmangel und Kapitalfehleitung die volle Ausnutzung der Technik zum Schaden der Menschheit unmöglich mache.

Hätte ein Wirtschaftsführer vor den Vertretern der Arbeitgeber so gesprochen, man würde ihn einstimmig in Acht und Bann erklärt haben. Denn das, was von Miller vom Standpunkte der Technik aus sagte, ist wirtschaftlich nichts anderes als eine Begründung der Kaufkrafttheorie, die von der Unternehmerschaft bekanntlich mit Hohn und Spott als unwissenschaftlich und Deutschlands Ruin abgetan wird. Dieser Standpunkt der Arbeitgeber ist kapitalistisch verständlich, denn jede Erhöhung der Reallöhne bedeutet für sie, wenigstens nach ihrer kurzsichtigen Betrachtungsweise, eine Verminderung der Gewinne. Unverständlich ist es dagegen, daß sie die Ausführungen von Millers widerspruchslos aufgenommen haben. Ist es nur aus Pietät vor der technischen Leistung dieses Gelehrten geschehen, oder ist es etwa ein Zeichen stillschweigender Umkehr?

Mit dieser Frage hat sich die Arbeiterschaft nicht zu befassen; ihre Verantwortung müssen die Arbeitgeber unter sich ausmachen. Für uns ist die Rede von Millers deshalb bedeutungsvoll, weil sie zeigt, daß man auch vom Standpunkte der Technik nur auf dem von den Gewerkschaften seit jeher als richtig erkannten Wege an die letzten Ursachen unseres heutigen Wirtschaftsübels herankommen kann. Bei der Unzahl der entscheidenden Ereignisse der letzten Monate — Ministerbesuche mit weltpolitischen Wirtschaftsverhandlungen, Ende der Goldwährung in England, Schweden, Norwegen, Dänemark und Indien, Börsenpaniken in der ganzen Welt, Kampf um die Notverordnungen in Deutschland — scheint es schwer, das wirre Durcheinander auf einen Generalnennen zu bringen. In allen Kreisen weiß man zwar, daß unsere Not nichts als die Erscheinungsform der galoppierenden Wirtschaftsschwindsucht ist. Worin das Wesen und die wirksamen Heilmittel dieser Krankheit liegen, darüber

täuscht man sich vielfach mit Absicht hinweg. Meisterhaft in der Erfindung von Krisenursachen haben vor allem die Organisationen der Arbeitgeber aus den dunkelsten, mehr oder minder wissenschaftlichen Archiven für jedes Krankheitsmomentchen ein anderes Gründchen und ein anderes Pülverchen hervorgeholt. Heilmittel, die alle in der einen Richtung lagen: das Einkommen der Arbeiterschaft herabzudrücken. Dieses Rezept, das unter dem Drucke der steigenden Wirtschaftsnot im Laufe des letzten Jahres auch von den politischen Instanzen übernommen und in die Praxis überseht wurde, hat sich für die Genesung des deutschen Wirtschaftskörpers als vollständig wirkungslos erwiesen; im Gegenteil hat der mit 20% des Volkseinkommens nicht zu hoch geschätzt ist, die Not in allen Wirtschaftszweigen noch bedeutend vergrößert. Vergrößert deshalb, weil die Preise der Lohnbewegung nicht gefolgt sind, weil mit dem verringerten Volkseinkommen nur ein gleichmäßig verringertes Warenangebot bewältigt und konsumiert werden kann. An Hand der Grundsätze der Krisentheorie und der Erfahrungen der bisherigen Krisenüberwindung war an dieser Stelle in Nr. 40 ausführlich nachgewiesen, daß wir durch einseitige Lohnsenkungen, nach von Millers Worten durch Einschränkung des Verbrauches, niemals zu einer „Ankurbelung“ des Wirtschaftslebens kommen können, daß wir uns von der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Besserung um so weiter entfernen, je weiter die Lohn- und Preisbewegung auseinandergehen. Die Richtigkeit der hier vertretenen Ansicht ist auch noch aus anderen Zusammenhängen zu verstehen.

Der Konjunkturaufschwung der kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich, wie der russische Gelehrte Tugan-Baranowski schon vor mehr als 30 Jahren in seiner „Unterkonsumtionstheorie“ richtig erkannte, stets in der Sphäre der Produktionsmittelherzeugung: neue Apparaturen werden bestellt, neue Bauten ausgeführt, es entsteht ein Aufschwung in der Maschinen-, Werkzeug-, Bau- und Baustoffindustrie, der sich von dort über die ganze Wirtschaft fortpflanzt. Eines Tages aber sind die Erweiterungs- und Modernisierungsprogramme der Unternehmer ausgeführt, sind die Bestellungen erledigt; neue Aufträge gehen immer spärlicher ein, und der Aufschwung in der Produktionsmittelbranche hört auf. Während die neu erstellten und leistungsfähigeren Maschinen aber darauf warten, daß nun, gemäß ihrer gesteigerten Produktionskraft, auch wirklich erhöhte Mengen von Konsumgütern abgenommen werden, kann in dieser entscheidenden Periode im Gegenteil sogar der bisherige Absatz nicht mehr aufrechterhalten werden; denn die nach Beendigung der großen Investitionen immer beschäftigungsloser werdende Produktionsmittelindustrie entläßt immer mehr Arbeiter; deren Einkommen fällt als Käufer aus, daraus entsteht weiterer Einkommensausfall in anderen Branchen, mit einem Wort: Produktivkraft und Kaufkraft treiben scherenartig auseinander. Die Krise entsteht immer aus der völlig einseitigen Aufzäumung der kapitalistischen Wirtschaft von der Investitionsseite her, aus ihrer Sorge nur für die Produktionsanlagen, aus ihrer vollkommenen Gleichgültigkeit gegen die Aufgabe, auch entsprechende Konsummittel zu gewährleisten, aus ihrem abergläubischen Vertrauen darauf, daß die Konsumtionskraft, die doch der Produktionskraft entsprechen muß, schließlich schon von selbst kommen werde.

Lehrreich ist, wie sich dieser Widerspruch in früheren Perioden immer wieder löste, weil es zeigt, daß wir heute gar keine Aussicht auf solche Lösungen haben. Es geschah nämlich entweder durch explo-

Die Zeit drängt!

Alles, was die Arbeiterschaft in Jahrzehntelangen Kämpfen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage erreicht hat, ist heute hart umkämpft. ● Schafft Kämpfer an die Front! Werber heraus! Jede Steigerung unserer Mitgliederzahlen verbessert unsere Aussichten in dem aufgezwungenen Abwehrkampf. ● Durchkreuzt die Pläne der Scharfmacher und Reaktionäre! Beantwortet ihre Maßnahmen mit gesteigerter Werbetätigkeit für den Verband! **Der Hieb ist die beste Verteidigung!**

Darum nochmals:

Werber heraus!

Wen Ausbruch eines zufälligen Konsums in Gestalt von irgendwo ausbrechenden Kriegen — volkswirtschaftlich ist der Krieg immer Hochkonjunktur — oder dadurch, daß neue, große Erfindungen der krisenhaft zu Ende gegangenen Investitionsperiode eine neue Investitionsperiode folgen ließen, die dann wieder ebenso krisenhaft endete. Solch große Erfindungen — wie Eisenbahnen oder Elektrizität — sind in den letzten Jahren aber nicht gemacht worden, und ein Krieg würde wohl den meisten als schlechter Ausweg gelten. So ist das Bild unserer gegenwärtigen Lage völlig eindeutig. Wieder einmal hat sich die kapitalistische Wirtschaft in der Periode, die 1928/29 zu Ende ging, eine Hochkonjunktur von der Investitionsseite her verschafft. Aber wieder einmal hat sie keinerlei Vorkehrung dafür getroffen, daß die durch diese Investitionen riesig gesteigerte Produktivkraft dann auch von einer entsprechend gesteigerten Verbrauchskraft genützt werden könne. Wieder einmal endete darum der ganze Aufwand mit dem doppelten Fiasko, daß sowohl die für die Herstellung der neuen Maschinen beschäftigten gewesen wie auch die durch ihre technischen Verbesserungen überflüssig gemachten Arbeiter arbeitslos und konsumunfähig wurden. Wieder einmal war die Unbeschäftigung der Anlagen auf der einen Seite, Not und Sorge auf der anderen Seite die notwendige Folge des Systems der Nur-Investierung, ohne äquivalente Sicherung des Konsums. Nur daß diesmal alles, unterstützt durch eine Reihe von außerwirtschaftlichen Störungen, auf einer riesig gesteigerten Skala vor sich ging, und daß diesmal jede Aussicht darauf fehlt, daß der Zusammenbruch der „Investition um der Investition willen“ von einem neuen Investitionsaufschwung verdeckt werden könnte. Da jede Unterkonsumtion neue Unterkonsumtion erzeugt, gibt es für uns jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder weiter verelenden oder neuen Verbrauch schaffen!

Dieses Grundproblem der kapitalistischen Wirtschaft hat der Wissenschaftler der Technik von Miller in Essen richtig skizziert. Es gehört zu einem Lebensgesetz des Kapitalismus und des technischen Fortschrittes, daß die Verbrauchskraft der Massen ständig gesteigert wird. Sonst hat jede mit gewaltigen Kapitalanlagen verbundene technische Leistungssteigerung ihren wirtschaftlichen Zweck verfehlt. Es ist eine große Täuschung, wenn von seiten der Arbeitgeber gefordert und von ihren kleinen Trabanten nachgeplappert wird, daß eine Steigerung des Unternehmereinkommens das Wirtschaftsleben aus dem Grunde beleben würde, weil dann die Unternehmer neue Maschinen anschaffen und Anlagen bezahlen könnten. Jede Maschine und jede wirtschaftliche Anlage hat in unserem System zur Voraussetzung, daß sie sich rentieren. Sie rentieren sich nur dann, wenn für sie eine hinreichende Absatzmöglichkeit gegeben ist. Die Verbrauchskraft der Massen ist der Gradmesser für den Zustand der Gesamtwirtschaft. Sobald eine sichere Aussicht vorhanden ist, daß die von den Maschinen geschaffenen Produkte ausreichenden Absatz finden, braucht sich kein Unternehmer Sorge um die Finanzierung der Anlagen zu machen. Für rentable Zwecke wird von den Geldleuten immer das erforderliche Kapital zur Verfügung gestellt. Da alle wirtschaftliche Tätigkeit über kurz oder lang irgendwie im Verbrauch endet, kann der Gang des Wirtschaftslebens letzten Endes nur von der Höhe der Verbrauchsmöglichkeit bestimmt werden. Um Mißverständnisse zu verhüten, sei hier einschränkend darauf hingewiesen, daß mit dieser Behauptung nicht die These aufgestellt werden soll, daß das ganze Arbeitsprodukt des Volkes sofort verbraucht werden müsse. Selbstverständlich müssen die Kapitalanlagen ständig erneuert und verbessert werden. Das aber ist am besten zu erreichen, wenn Produktions- und Verbrauchskraft in einem bestimmten und stetigen Verhältnis zueinander stehen. Eine Steigerung des

Verbrauches steht nicht im Gegensatz zur Kapitalbildung, sondern fördert sie. Das Problem ist qualitativ wie auch quantitativ begrenzt.

Wohl veranlaßt durch die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen, müssen jetzt die Zustände in Frankreich als Kronzeugen für die Richtigkeit der Lohn- und Kostensenkungstheorie der Unternehmer herhalten. Immer wieder hört man, daß es der französischen Wirtschaft gut gehe, weil sie sparsam sei und ein niedriges Lohnniveau habe. Dieser Vergleich ist grundsätzlich falsch. Denn Frankreichs Erzeugungstätigkeiten sind nicht unausgenutzt, sondern sie arbeiten. Seine Konsumtivkraft stimmt ungefähr überein mit seiner Produktivkraft. Die Sparsamkeit erstreckt sich nicht nur auf die Lebenshaltung, sondern auch auf das Geschäftsleben. In diesem Lande hat man die Überschüsse des Volkseinkommens nicht in stets neue Industrieanlagen gesteckt, die wertlos sind, wenn sie keine Güter schaffen können, sondern man hat bei bescheidener Investierung die Überschüsse zur Reservehäufung meist mit politischen Zwecken im Auslande angelegt. So ist Frankreich mit seinem Ausgleich zwischen mäßiger Erzeugungsfähigkeit und mäßigem Verbrauchsbegehre gut gefahren, und seine Meinung, andere Länder litten nur an ihrer Verschwendung, ist begründet. Aber verschwendet haben diese anderen Länder, wenn überhaupt, so nicht im Verzehr, sondern in der Schaffung von Produktionsmitteln; die Produktionsstätten sind es, die man auf Kolossalbasis gestellt hat. Nachdem dies nun einmal geschehen ist, gibt es nur zwei Möglichkeiten:

Entweder die Verschwendung an Produktionsmitteln wird nachträglich wieder rückgängig gemacht durch Abschreibung des Übermaßes auf Null, durch Annullierung aller daran hängenden Beteiligungen und Schulden, eine Produktionsmittelbeschneidung, die für alle Wirtschaftskreise die schlimmsten Folgen hätte. Oder aber der Konsum wird auf die Höhe der Unbescheidenheit gebracht, mit der die Produktionsmittel erweitert wurden, eine gewalttätige Kaufkraftsteigerung. Mit anderen Worten: Wer in Deutschland, England und Amerika heute eine Senkung des Niveaus predigt, muß Fabriken und Maschinen mit allen darin verankerten Eigentümertiteln zerschlagen. Wer das nicht will, kann nicht Sparsamkeit predigen, sondern muß die Steigerung der Verbrauchsmöglichkeit fordern. Das ist der Unterschied zwischen der Lage des wirtschaftlich ausgeglichenen Frankreichs und den meisten der übrigen, unausgeglichenen Industrieländern. Schwer wird es fallen, dem verbrauchsspar samen Franzosen klarzumachen, daß Deutschland nur durch Unsparsamkeit im Verbrauch wirtschaftlich wieder in die Höhe kommen kann. Unverständlich ist es auch aus diesem Grunde, daß die deutschen Arbeitgeber die Franzosen in ihrer falschen These unterstützen.

Bei den begonnenen Beratungen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung geht es im wesentlichen um das Prinzip der Wirtschaftsführung. Aus dem Programm der „Spitzenverbände der Wirtschaft“ ist zu ersehen, daß sie immer noch festhalten an ihrem Allheilmittel, der einseitigen Lohnsenkung, der Aufhebung des Tarif-, Arbeits- und Sozialrechts. Das ist für sie weniger eine Wirtschaftsfrage, geboren aus wirtschaftlichen Erfordernissen, sondern in erster Linie Prinzipienfrage. Sie wollen wieder allein Herr im Hause sein, wollen mit der Arbeiterschaft nach Vorkriegsmethoden tun und lassen können, was ihnen beliebt. Allein um die Befreiung von lästigen Fesseln, nicht um die Ankerbelagerung der Gesamtwirtschaft geht es. In diesem Stadium ist es notwendig, daß jeder Arbeiter sich ein Bild von dem wirklichen Ablauf des Wirtschaftslebens macht, daß er erkennt, daß wir mit Lohnsenkungen und Sparen dem schlimmsten Elend entgegengehen. Nicht oft genug kann man sich die oben aufgezählten Folgerungen vor Augen führen. Wie der Techniker von Miller, so urteilt auch das allgemeine Volksempfinden richtig. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot sind nur durch Verbrauchssteigerung und Arbeitszeitverkürzung zu überwinden. Jedes andere Mittel verschärft und verlängert die Krise.

Neue Wege.

Ein Hegenkessel politischer Leidenschaften offenbarte sich uns in den jüngsten Wochen. Manch wertvoller Einblick ließ sich tun in die die politischen Gruppen bewegendem Triebkräfte. Neue politische Gedanken wurden zwar nicht geboren und in der Haltung der einzelnen Reichstagsparteien, die in ihren Grundzügen bekannt war, sind wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Doch hat dieser Kampf die Wortführer gewisser Gruppen hin und wieder zu Unvorsichtigkeiten verleitet, so daß sie den Schleier von der vielfach unklaren Haltung zu Fragen sozialer Natur lüfteten und damit ganz wesentlich zur Klärung der Lage beitrugen. Rückschrittliche Ziele und Methoden wurden so auch gutgläubigen und naiv denkenden Teilen der Arbeitererschaft offenbar und ihnen zu Gemüte geführt, was die Stunde geschlagen hat. Partei- und wirtschaftsegoistische Interessen spielen, das kann als erwiesen gelten, vielfach eine weit größere Rolle, als die Sorge um das Wohl der Gesamtheit. Sieht man genauer zu, dann ging es um nichts anderes als um die Frage, ob der Einfluß der Arbeiterschaft und ihrer Verbände, der Gewerkschaften, auf die politische und wirtschaftliche Führung erhalten oder total zerschlagen werden sollte.

Klarer als bisher trat damit die innerpolitische Kernfrage, die jedoch auch eine außerordentlich wichtige wirtschaftliche Seite hat, in den Vordergrund der parlamentarischen Diskussion. Das ist der Kampf des schwerindustriellen Unternehmertums gegen die deutsche Arbeiterschaft. Der Kanzler hat in diesen kritischen Oktobertagen zweimal das Wort im Reichstage ergriffen und dabei unmißverständlich mit jenen Elementen aus dem Unternehmerlager abgerechnet, die sich einer vernünftigen Verständigung mit der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften widersehen. Greifbar deutlich wurden die Kreise bezeichnet, an deren Widerstand bisher die Verständigung gescheitert ist. Man hat sich zwar im Unternehmerlager beeilt, den Kanzler zu berichtigen, doch dürfte diese Verteidigung und der Versuch, die Schuld auf andere abzuwälzen, sehr wenig glücklich sein. Es ist zwar für die Kreise um die Bergwerkszeitung und Blätter ähnlichen Schlages sehr unangenehm, wenn sie jetzt im hellen Scheinwerferlicht der parlamentarischen Debatten stehen, und zweifellos viel einfacher für sie, die verfahrenen Wirtschaftsfrage mit Hilfe einer gründlichen Lohnrückerei in Ordnung zu bringen. Wenn diese Leute auch bisher den Nachweis ihrer überragenden Eignung zur Wirtschaftsführung schuldig geblieben sind, und zum erheblichsten Teil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch ihre eignen falschen und zu optimistischen Kalkulationen und Spekulationen verursacht haben, dann erheben sie doch immer noch Anspruch auf bevorzugte Behandlung durch die Regierung und Gesetzgebung. Die Arbeitgeberpresse betet seit Monaten ihr Sprüchlein her, daß die Gewerkschaften die allein Schuldigen an der verfahrenen Lage seien. Trotz der monotonen Wiederholungen wird diese Behauptung nicht beweiskräftiger. Wie weit sie aber bereits geistiger Besitz auch politisch geschulter Persönlichkeiten ist, konnte man im Reichstag erfahren, wo die politischen Vertreter der Schwerindustrie mit dem Brustton der Überzeugung dieselben Töne redeten. Dort hat man auch behauptet, daß die Arbeitslosigkeit nicht eher beseitigt werden würde, bis die Zwangsbewirtschaftung der Arbeit, Schlichtungswesen, Schiedsprüche und Verbindlichkeitserklärung sowie die Unabhängigkeit der Tarifverträge beseitigt seien.

Die Regierung hat durch den Reichskanzler sich sehr entschieden gegen derartige Zumutungen verwahrt und es abgelehnt, eine Politik gegen die Arbeiter zu betreiben. Ausdrücklich wurde erklärt, daß an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigegangen werden könne. „Es geht nicht so, daß man nur und ausschließlich die Gefundung von immer weiteren Lohnsenkungen erwartet“, sagte der Kanzler an einer Stelle im Anschluß an die Forderung nach einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern.

Arbeitsgemeinschaft als Forderung in einem Augenblick höchster Not! Kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages hat der Reichspräsident an den Kanzler einen Brief gerichtet, in welchem er die Bildung eines Wirtschaftsbeirates vorschlägt, der nach diesem Schreiben zur abschließenden Begutachtung der für das Volk lebenswichtigen Fragen und mit der Reichsregierung zusammen das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme zu beraten hat, mit dem Ziele, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen. Inzwischen ist dieser Wirtschaftsbeirat errichtet und zu einer Sitzung am 29. Oktober zusammengetreten. Ent-

sprechend den in dem Briefwechsel festgelegten Aufgaben und der Art seiner Zusammensetzung sind vom Reichspräsidenten auf Vorschlag der Reichsregierung folgende Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates ernannt: Geheimer Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Ernst v. Borjig, Fabrikbesitzer in Berlin-Tegel; Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Königsberg; Reichskanzler a. D. Geheimer Oberregierungsrat Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg; Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin; den zweiten Vorsitzenden des ADGD. Peter Graßmann, Berlin; Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg; Kaufmann Dr.-Ing. h. c. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau; Kaufmann Dr. jur. Dr. phil. Albert Hackelsberger, Oefflingen (Baden); Papierfabrikant Georg Haendl, Augsburg; Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf; Gutsbesitzer Dr. Goldmeier, Lienen (Kreis Tecklenburg); Dr. Josef Jahn, Berlin; Kaufmann Louis Körner, Berlin; Rittergutsbesitzer v. Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Dammwalde; Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin; Direktor Dr. rer. pol. h. c. Robert Pferdenges, Köln; Bäckermeister Ernst Pflugmacher, Magdeburg; Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhardt, Charlottenburg; Max Rössiger, Vorstandmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf; Dr. jur. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein, Berlin; Geheimer Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der J. G. Farbenindustrie A.-G., Berlin; Dr. jur. Dr.-Ing. e. h. Paul Silverberg, Industrieller, Köln; Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin; Generaldirektor Dr.-Ing. Dr. phil. h. c. Albert Dögler, Dortmund; Fabrikdirektor Willi Wittke, Dresden.

Dem Versuch, den der Reichspräsident persönlich leiten wird, wünschen auch wir ein gutes Gelingen. Wir haben wiederholt hier erklärt und stehen zu unserem Wort: Wir bejahen den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft! Die hohe Bedeutung und der Wert einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft — nicht nur in Notzeiten wie heute — dürfte gegenreiche Wirkungen zeitigen. Dazu ist allerdings eine Voraussetzung notwendig; und zwar die vorbehaltlose Anerkennung der Gewerkschaften als die Arbeitervertretung und der gute Wille der zur Mitarbeit berufenen Persönlichkeiten. Eine vom rechten Geiste besetzte Arbeitsgemeinschaft hat nicht die Aufgabe, weiteren Lohnsenkungen das Wort zu reden, sondern muß sich mit dem gesamten Arbeitgeber und Arbeitnehmer berührenden Fragenkomplex auseinandersetzen. Also nicht nur sozial- und lohnpolitische Überlegungen im Wirtschaftsbeirat, dafür aber Schritte, die einer von beiden Wirtschaftsgruppen getragenen Gewerkepolitik die Wege ebnen und möglich machen. So könnte der Wirtschaftsbeirat tatsächlich fruchtbare Arbeit leisten.

Ob diese Arbeit geleistet werden kann, hängt davon ab, ob es gelingt, die Hemmungen und Widerstände, die außerordentlich stark und aktiv sind, zu überwinden. Wenn man versucht ist, vereinzelt Stimmen aus dem Unternehmerlager als positives Bekenntnis zum Gedanken der jetzt großzügig versuchten Gemeinschaftsarbeit zu werten, dann tauchen andererseits verstärkte Bedenken auf, wenn man die unternehmerfreundliche Tages- und die Fachpresse zur Hand nimmt.

Bemerkungen, die der Reichskanzler bei seinen Reichstagsreden einfließen ließ über die Elastizität der Tarifverträge und die Frage der „fixen Kosten“ boten gewissen Kreisen Anlaß, den Aufgabenkreis des Wirtschaftsbeirates in einer von uns nicht gutzuheißenen Weise zu umreißen. Der „Wirtschaftsdienst“ vom 23. Oktober sagt: „Wenn die Regierung einige bekannte Industrielle und Bankiers mit einigen Führern der Gewerkschaften aller Richtungen an einen runden Tisch setzt, dann obliegt diesem Gremium weniger ein Planen als ein Formulieren: man will zwischen einer Auflockerung der Kartellpreise und einer größeren Elastizität der Lohnsätze einerseits, ein Junctim schaffen und diese Aufgabe andererseits aus der üblichen Schlagwortverkapselung lösen.“ Der „Reichsbote“ verlangt, daß als erste Forderung die Abkehr vom „Marxismus“

und vom „Staatssozialismus“ auf der ganzen Linie der deutschen Wirtschaft durchgesetzt werde. (Mit „Marxismus“ werden wohl wie so oft in der Hauptsache die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft gemeint sein. D. R.) Die „Kölnische Zeitung“ macht bei einer Notiz über die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates folgende Bemerkung:

„Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates werden ihren Höhepunkt an dem Tage erreichen, an dem über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden können.“

Mag hier auch der Wunsch Vater des Gedankens sein, wir können die Vermutung, daß die Ausführungen der Kölnischen Zeitung, trotz amtlichen Dementis, auf guten Informationen beruhen, nicht ganz unterdrücken. Insbesondere, wenn man sich einzelner Redewendungen des Kanzlers erinnert, der ja auch von der Elastizität der Tarife gesprochen hat. Kollege Baltrusch hat in seiner Reichstagsrede den überzeugenden Nachweis dafür erbracht, daß und in welchem Umfang die Tarife heute schon elastisch sind. Seine treffenden Bemerkungen wären noch zu ergänzen durch den Hinweis darauf, daß eine weitere Elastizität der Tarifverträge notgedrungen am Charakter der Tarife scheitern muß. Entweder hat man Tarife, dann bedeuten dieselben Bindung, eine untere Grenze. Will man diese beseitigen, dann hat man eben keine Tarife mehr.

Darauf beruht unsere Kraft!

Wenn von der Stärke der Gewerkschaften die Rede ist, dann denkt man im allgemeinen an hohe Mitgliederzahlen, an gut gefüllte Kassen und an ähnliches. Sicher sind das außerordentlich wichtige Faktoren für die Macht der Gewerkschaften. Und doch sind sie nicht selbst die wahre Stärke, sondern nur sinnfälliger Ausdruck für sie. Die wirkliche Stärke ist auch unverletzlicher als es Mitgliederzahlen und Geldsummen sind.

Worin besteht nun die wahre Stärke der Gewerkschaften. Wir kommen ihr sofort nahe, wenn wir die Kraft erkennen, die zur Gründung der Gewerkschaften führte. Gegner behaupten, die Gewerkschaften seien zum Zwecke der Zerfetzung geschaffen worden. Das Gegenteil ist richtig. Die Kraft, die zur Gründung der Gewerkschaften führte, war im tiefsten Grunde die große Sehnsucht der Arbeitnehmer, aus einer durch den Materialismus herbeigeführten Zerfetzung der Gesellschaft wieder zur wahren Volksgemeinschaft zu kommen, die auch den Ärmsten in ihrer Mitte schützend umgibt. Und in der Stärke dieser Sehnsucht und Liebe zur Gemeinschaft, in der die Gemeinschaft praktizierenden Kraft ruht auch heute noch zweifelsfrei die Stärke der Gewerkschaften. Wenn es sich bei den Mitgliedern der Gemeinschaft nur um Leute handeln würde, die nur ihrer persönlichen materiellen Vorteile willen organisiert wären und die keine anderen ideellen Ziele hätten, dann stände es um den Bestand der Gewerkschaften wahrlich schlecht.

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften besteht in der Herbeiführung einer möglichst vollkommenen Lösung der sozialen Frage. Aber Klarheit muß darüber herrschen, daß von dem Gelingen dieser Lösung nicht nur die Erreichung des Endzieles, die Volksgemeinschaft, abhängig ist, sondern daß es auch nur der Geist einer wahren Gemeinschaft ist, der die Kräfte auslösen kann, die zur ernsthaften erfolgreichen Arbeit an der Lösung der sozialen Frage befähigen. Die soziale Frage kann für einzelne auch ohne die Kraft der Gemeinschaft ihre Lösung finden. Und sie findet sie oft um so schneller, je größer die Ungebundenheit an die Gesamtheit und die Rücksichtslosigkeit ihr gegenüber ist. Nur aus dieser individuellen Einstellung heraus sind Einzelgehälter von 100 000 bis 500 000 Reichsmark möglich zu einer Zeit, wo man arbeitslosen Menschen zumutet, mit einem Unterstützungssatz von 9 Reichsmark wöchentlich auszukommen. Wirkliches Volkswohl zwingt gebieterisch zur Einschränkung des ungebundenen, des rücksichtslosen und des hemmungslosen Individualstrebens. Diese Einschränkung menschlicher Neigungen und Triebe kann selbst bei größtem persönlichen Zwange nur völlig ungenügend durch staatliche Gesetze erfolgen. Wesentlich entscheidend ist hier die innere Einstellung der Menschen. Wenn in dem

Die Spitzengewerkschaften haben die Notiz der Kölnischen Zeitung zum Anlaß einer öffentlichen Erklärung genommen, die folgendermaßen lautet:

„In der ‚Kölnischen Zeitung‘ und auch in anderen Blättern befinden sich Mitteilungen über den voraussichtlichen Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutreffen, nach einmütiger Ansicht der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates ernstlich gefährden müssen. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirkung an solchen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgeht, daß Zweck und Aufgabe der Arbeiten des Wirtschaftsbeirates auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleiben.“

Inzwischen hat der Wirtschaftsbeirat seine Arbeiten aufgenommen. Wir wollen hoffen, daß die hier gekennzeichneten Tendenzen keinen maßgeblichen Einfluß auf den Verlauf seiner Beratungen gewinnen. Diese mögen sich, das ist auch unser Wunsch, in dem von der Regierung gesteckten Rahmen bewegen und für Reich und Volk ersprießliche Resultate zeitigen. Eine öffentliche Behandlung der einschlägigen Fragen im Wirtschaftsbeirat wäre geeignet, vorhandene Bedenken auszuräumen und eigensüchtige Pläne gewisser Interessentengruppen zu vereiteln. Damit wäre auch eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Fortschritt der vorgeesehenen Arbeiten gewährleistet. Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, daß dieser Wirtschaftsbeirat zu einem Redeparlament im kleinen wird. Sollte die Entwicklung dazu führen, dann mag der Kanzler nicht lange zögern und diesen Kreis von Sachverständigen schnellstens wieder nach Hause schicken.

Arbeitgeber kein Gefühl für das Gemeinsame, das Verpflichtende seinen Arbeitnehmern gegenüber lebt, dann bricht er den Tarifvertrag in dem Augenblick rücksichtslos, der ihm die Macht dazu gibt. In dem Auf und Ab der wirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Machtverhältnisse gibt es aber bei allen Parteien schwache und starke Zeiten, in denen nicht die organisatorische oder finanzielle Macht, sondern die innere Gesinnung über den Kurs entscheidet. Zweifelloser wird selbst auch Art und Form des offenen Machtkampfes von der geistigen Verfassung des Menschen oder seiner Organisation stark beeinflusst.

Die christlichen Gewerkschaften haben sehr wohl gewußt, warum sie seit ihrem Bestehen die Bedeutung der geistig-seelischen Verfassung des Menschen für die Lösung der sozialen Frage immer wieder als so bedeutsam hervorgekehrt haben. So wenig von ihr auch die Bedeutung der äußeren Form und ihrer Technik unterschätzt wird, so sehr warnte sie auch immer vor einer Übersetzung derselben. Die Form der Wirtschaft ist nicht unbedingt darüber entscheidend, ob sie zum Segen oder zum Fluche der Menschheit wird. Wie Beispiele beweisen, kann es Arbeitnehmern in einem privatkapitalistischen Betriebe recht gut und in einem kommunistischen Betriebe höllisch schlecht gehen. Deshalb ist auch kein Glaube trügerischer als der, nach Abschaffung der privatkapitalistischen Wirtschaft habe alle Not der Arbeitnehmer ein Ende. Es ist noch gar nicht einmal sicher, ob sie dann nicht noch größer sein wird. Dieser Hinweis soll nun nicht jeden Reformgedanken ersticken. Die gegenwärtige Wirtschaftsform ist nicht vollkommen und kein Kräutchen Rühmichnichtan. Doch müssen wir dem Gedanken Durchbruch verschaffen, daß vor allen Dingen auch eine Änderung der Gesinnung zur Lösung der sozialen Frage notwendig ist.

Noch auf ein Wichtiges sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Das gewerkschaftliche Streben wäre erfolglos, wenn wir die Änderung der Gesinnung im Geiste der Volksgemeinschaft nur bei den Arbeitgebern anstreben würden. Die Gewerkschaften selbst müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen und stärkste Erziehungs- und Verebelungsarbeit in ihren Reihen leisten. Man kann mit einer Masse von nur selbstsüchtigen Menschen, die nicht einmal untereinander den Geist der Gemeinschaft praktizieren, die Selbstsucht in der Welt nicht bekämpfen. „Meine Herren! lassen Sie uns Zeit, unsere Leute geistig umzustellen!“, dieser gequälte Ruf, den der verstorbene Bergarbeiterführer Hué während einer erregten Verhandlung im Ruhrbergbau ausstieß, als die „Revolution“, nach sozialdemokratischem Ausspruch, zu einer wilden Lohnbewegung zu werden drohte, zeigt deutlich, daß auch Anhänger der materialistischen Ge-

sichtsauffassung die entscheidende Bedeutung der geistigen und sittlichen Verfassung der Menschen erkennen mußten. Nur wer selbst edel ist, kann veredelnd wirken.

Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung hat sich stets bemüht, aus dieser Wahrheit die notwendige Folgerung zu ziehen. Noch kürzlich hatten wir die Genugtuung, festzustellen, daß aus dieser Wahrheit mit aller Frische die Konsequenz gezogen wurde. Das geschah auf dem Verbandstag der weiblichen Handels- und Büroangestellten in Eisenach. Gewiß, stark betont wurde das engere gewerkschaftliche Streben. „Wir wollen anerkannt sein in dem Kreis der Stände, die das Volk bilden,“ so sagte Katharina Müller, die Verbandsvorsitzende. Die materiellen Berufsfragen wurden auch mit erstaunlicher Energie behandelt. Dennoch wurde ebenso bestimmt festgestellt: „Wir sind mehr als eine bloße Tarifmaschinenrie.“ Der Wille zur positiven Arbeit, dafür, daß aus der Zerfahrenheit, aus dem Zerfall der Gegenwart Gutes für die Zukunft werde, war in allem erkennbar. Daß er nicht in die Irre führt, dafür spricht die auch in Eisenach ausgesprochene Erkenntnis: „das Innere geht über das Äußere“ (Else Kesting) und die Feststellung: „Es ist die innere Haltung, die religiöse Tiefe, an der man den Wert des Menschen erkennt.“ Diese geistige Einstellung hindert nicht den äußeren Fortschritt. Der Verband hat trotz der schwierigen Zeit in den letzten Jahren etliche tausend Mitglieder gewonnen.

Der Mensch ist der Dirigent der Dinge, soweit sie irdisch und handlich sind. Von seiner Qualität hängt es ab, ob die Erde unter Umständen selbst in Armut Raum für Wärme, Zufriedenheit und Glück auch der Arbeitnehmer hat, oder ob sie schließlich selbst mit gleißendem äußeren Prunk zum kalten Marmorblock des Wahnsinns wird.

Alle schönen Organisationsformen und Reden helfen nichts, wenn es dabei bleibt. Der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung hat es nicht an diesen gefehlt. In vielen Zeitschriften und Programmen wird auch von ihr dem Gemeinschaftsgedanken gehuldigt. Aber es kam ihr immer mehr auf das Äußere und weniger auf das Innere an. Und deshalb ist sie trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke so schwach, so zerplittert, nicht nur organisatorisch so zerrissen, sondern auch geistig. Nein, im Äußeren allein ruht nicht die wahre Stärke der Arbeitnehmerbewegung. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß sich heute erst recht verstärkt auf diese Tatsache besinnen. Je mehr sie mit all ihren Gliedern so gut ist, so voller Gemein Sinn ist, wie es beim Nachbar, beim Mitarbeiter, beim Arbeitgeber gewünscht wird, um so größer ist die Chance, daß sie trotz größter Schwierigkeiten diese Notzeit übersteht und zur Erreichung ihrer Hauptaufgabe: der Lösung der sozialen Frage, durchstößt. Wfd

Lohn- und Tarifbewegung.

Tarifamt für das bayerische Holzgewerbe. Für die Montagearbeiten hatten die Münchener Vertragsparteien unter Anlehnung an § 40 des Bezirkstarifvertrages für das bayerische Holzgewerbe folgende Vereinbarung getroffen:

„Als Montagearbeiten gelten Arbeitsverrichtungen außerhalb des Betriebes, innerhalb des Burgfriedens der Stadt München, die länger als 4 Stunden in Anspruch nehmen. Für diese Arbeiten ist neben dem Fahrgeld ein Lohnzuschlag von 14% des Tariflohnes der Arbeiter über 22 Jahre zu vergüten.“

Nun hatte die Firma K. in München mehrere Arbeiter direkt für die Baustellen zum Einsetzen von Fenstern und Türen eingestellt und weigerte sich nun, für diese Arbeiter das notwendige Fahrgeld zu vergüten, mit der Begründung, die Leute wären nicht für den Betrieb, sondern direkt für die Baustelle eingestellt, und es brauche kein Fahrgeld vergütet zu werden, weil die Baustelle gleichzeitig der Betrieb wäre.

Die in Frage kommenden Arbeiter hatten nun Klage bei der zuständigen Schiedskommission in München erhoben, mit dem Antrag, daß die Firma K. verpflichtet wäre, das notwendige Fahrgeld zu vergüten. Die Schiedskommission konnte aber keine Entscheidung treffen, weil bei der Abstimmung Stimmgleichheit vorhanden war. Dasselbe traf auch auf die Sitzung des Landestarifamtes vom 25. Juli 1931 zu. Es mußte daher ein Unparteiischer als Vorsitzender des Tarifamtes zugezogen werden. Diese Sitzung fand am 22. Oktober statt und fällte folgende Entscheidung:

„Die Firma K. ist verpflichtet, an die streitbeteiligten Arbeitnehmer Fahrgeld zu bezahlen.“

Bayerisches Holzgewerbe.

Das mit den Arbeitgeberverbänden der Holzindustrie am 17. Februar 1931 abgeschlossene Lohnabkommen war von diesen am

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 1. bis 6. November ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Umtausch vollgeklebter Mitgliedsbücher.

Bis zum Jahre 1930 war es im Verbands üblich, daß die vollgeklebten Mitgliedsbücher zum Umtausch am Jahreschluß nach Köln eingekandt wurden. Es hat sich aber in den früheren Jahren herausgestellt, daß die bisherige Praxis nicht beibehalten werden kann, weil sich dann am Jahreschluß die zum Umtausch eingekandten Mitgliedsbücher derart häufen, daß eine schnelle Erledigung unmöglich ist. Um diesen Zustand zu ändern, sollen nunmehr schon von September an die Mitgliedsbücher, die am Jahreschluß 1931 voll sind, nach Köln zum Umtausch eingekandt werden. Die Einkandung soll von den Zahlstellen der einzelnen Gaue in den nachstehend angegebenen Zeiträumen geschehen:

Gau Frankfurt: vom 15. Oktober bis 31. Oktober,

Gau Düsseldorf: vom 1. November bis 15. November,

Gau Bochum: vom 15. November bis 30. November,

Gau Hannover und Bremen: vom 1. Dezember bis 15. Dezember,

Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,

Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.

Für die Gaue: München, Nürnberg und Stuttgart waren die Endtermine auf den 15. und 30. September bzw. 15. Oktober festgesetzt. Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

Taschenbuch 1932.

Demnächst erscheint unser Taschenbuch für 1932, und zwar wiederum für unsere Mitglieder zum Preise von 0,50 RM. Sammelbestellungen durch unsere Zahlstellen können schon jetzt bei der Zentrale erfolgen.

12. August zum 25. September gekündigt worden. Verhandlungen über die Erneuerung des Lohnabkommens führte zu keinem Ergebnis, weil die Arbeitgeber eine Kürzung der Löhne um 15% verlangten. Für die Sonderklasse München sollte die Lohnkürzung sogar 20% betragen. Eine von den Parteien gebildete Schlichterkammer konnte keinen Schiedsspruch fällen. Die amtliche Schlichterkammer fällte am 22. Oktober dann folgenden Schiedsspruch:

„Der Spitzenlohn der Ortsklasse II beträgt ab 24. Oktober 1,04. Die übrigen Löhne errechnen sich nach dem im Tarifvertrag festgelegten Schlüssel. Die Lohnregelung soll bis auf weiteres gelten und kann erstmalig mit 4wöchiger Frist zum 31. Januar 1932 gekündigt werden.“

Auf Grund dieses Spruches sollen nun für die einzelnen Ortsklassen folgende Löhne gelten:

Ortsklasse München: I. 1,09; II. 1,04 RM; III. 99; IV. 94; V. 88 Rpf pro Stunde.

Die weitere Entwicklung der Angelegenheit dürfte sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Rundschau.

Ferdinand Brauer †. Am 22. Oktober verschied der Vorsitzende unseres Malerverbandes, Ferdinand Brauer in Düsseldorf. Das Verbandsorgan „Der deutsche Maler“ widmet dem Verstorbenen einen ausführlichen und ehrenvollen Nachruf, der die Tätigkeit und Verdienste des Verstorbenen für seinen Berufsstand würdigt. Ein schweres Leiden machte ihm die Ausübung beruflicher Tätigkeit in den letzten Jahren unmöglich. Jetzt wurde er durch den Tod erlöst. Wir widmen dem Verstorbenen, als einem der Gründer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ein ehrendes Gedenken und stilles Gebet.

Überpatrioten. Eine sonderbare Art der Verständigung schlägt ein „hoher deutscher Funktionär, dessen Name aus begreiflichen Gründen nicht genannt werden kann“, der französischen Regierung vor. Wir lesen darüber im französischen Regierungsorgan, dem „Temps“, einige Mitteilungen, die Einblick in einen skandalösen Fall nationaler Disziplinlosigkeit geben. Einem Gewährsmann des französischen Blattes hat ein angesehenen Deutscher, der auf Grund seiner Stellung Einblick in die deutschen sozialpolitischen Verhältnisse hat, eine Denkschrift ausgearbeitet, in der auf Grund von

(Fortsetzung Seite 359)

Fahrzeugindustrie, Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten.

Rückgang des Weltschiffbaues.

Die schwierige Lage des Weltschiffbaues kommt in einer weitern erheblichen Schrumpfung der Weltauftragsbestände zum Ausdruck. Die Tatsache, daß die Welthandelsflotte heute mehr als 70 Mill. BRT. beträgt gegenüber nicht ganz 47 Mill. BRT. Ende 1913, und daß die Leistungsfähigkeit des einzelnen Schiffes auf Grund der technischen Weiterentwicklung verhältnismäßig stark gestiegen ist, während andererseits der Güterverkehr so stark gestört ist, daß nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil der Handelsflotte nutzbringende Beschäftigung findet, lähmt verständlicherweise die Neubautätigkeit. Sie führt sogar dazu, daß selbst in den schiffahrtsprotektionistischen Ländern zurzeit die Neuaufträge stark gedrosselt werden. Infolgedessen haben sämtliche Länder mit Ausnahme von Norwegen und Schweden, die kleine Erhöhungen aufweisen, einen mehr oder minder starken Rückgang der Auftragsbestände zu verzeichnen. Insgesamt betragen die Aufträge nur noch 1,53 Mill. BRT., also gut 40% weniger als vor einem Jahr. (Am 30. September 1930 betragen die Auftragsbestände noch 2,57 Mill. BRT.) Es kommt aber hinzu, daß diese schon sehr niedrigen Zahlen noch nicht einmal die jetzige ungünstige Lage vollständig wiedergeben, denn einmal enthalten die Auftragsbestände auch größere Schiffe, deren Bau längere Zeit erfordert, und die deshalb in verschiedenen Statistiken wieder auftauchen, und außerdem hat der Mangel an Neuaufträgen die Werften veranlaßt, die Arbeit an den einzelnen Schiffen möglichst zu strecken. Noch deutlicher kommt deshalb die ungünstige Lage aus den von Lloyd's Register angegebenen Stapelläufen und Neubauten zum Ausdruck. Vom Stapel liefen im letzten Vierteljahr insgesamt 0,39 Mill. BRT. gegen 0,72 Mill. BRT. in der Vergleichszeit des Vorjahres. Schon hierin zeigt sich die wesentliche Verlangsamung der Neubautätigkeit. Noch deutlicher wird jedoch die Lage, durch den Mangel an Neubauten gekennzeichnet. Es konnten nur 0,17 Mill. BRT. neu in Bau gegeben werden gegenüber 0,48 Mill. BRT. im Vorjahr. Wenn man ferner berücksichtigt, daß fast eine halbe Mill. BRT. von den Weltauftragsbeständen immer noch auf Schiffe über 20 000 t entfällt, so ergibt sich, wie stark gerade die Bauaufträge der kleinen und mittlern Fahrzeuge, die eigentlich die Träger des Weltschiffbaues sind, zurückgegangen sind. Es kommt hinzu, daß auch die Sonderkonjunktur für Tankschiffe infolge der Überfischung dieser Spezialschiffahrt stark abgeflaut ist. Mit rund 500 000 BRT. sind zurzeit noch nicht einmal halb so viele Tankschiffe im Bau wie vor einem Jahr. Wie sich die Lage im Tankgeschäft entwickelt hat, zeigt ja am eindrucksvollsten die Tatsache, daß kürzlich ein in Hamburg erbautes modernes Tankschiff nach Beendigung der Probefahrt von der Reederei übernommen und sofort im Hamburger Hafen aufgelegt wurde.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Werften ist nur zu einem ganz geringen Bruchteil in Anspruch genommen. 113 468 BRT. Auftragsbestand entsprechen nicht einmal dem sechsten Teil der Bauleistungsfähigkeit. Dies ungünstige Verhältnis dürfte sich auch in absehbarer Zeit nicht nennenswert ändern, da mit einer Vergebung von Neubaufträgen der deutschen Reedereien unter den bestehenden Geschäftsverhältnissen kaum zu rechnen ist und weil die Notlage des gesamten Weltschiffbaues die ausländischen Werften dazu zwingen wird, mit allen Mitteln, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Aber selbst wenn die Verhältnisse sich wieder bessern sollten, wird für die deutsche Schiffahrt kaum mehr zu erwarten sein als eine regelmäßige Erneuerung von jährlich 7—8% der deutschen Handelsflotte. Auch dann würde jedoch nur etwa knapp die Hälfte der heutigen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden können. Diese Tatsache hat Dr. Ing. Foerster kürzlich veranlaßt, in der Zeitschrift *Werft-Reederei-Hafen* den Vorschlag zu machen, die einzelnen Werften regional zusammenzufassen, um in den einzelnen Regionen die minder leistungsfähigen Betriebe durch die Großreedereien erwerben und eventuell stilllegen zu lassen. Dr. Foerster teilt die Schiffbauindustrie in fünf Gebiete ein, in denen jeweils die Verminderung der Leistungsfähigkeit so durchgeführt werden soll, daß insgesamt nur eine Leistungsfähigkeit von 350 000 BRT. jährlich verbleibt.

Der englische Schiffbau befindet sich auch in einer sehr ungünstigen

Lage. Zurzeit soll dort ein Auftragsbestand von 420 000 BRT. vorhanden sein gegen 1,12 Millionen BRT. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Derartig geringe Auftragsbestände soll die englische Werftindustrie seit 1887 nicht mehr gehabt haben.

Was aber noch wichtiger scheint als der absolute Rückgang ist die Tatsache, daß sich die Stellung der englischen Werften im Verhältnis zu dem übrigen Weltschiffbau außerordentlich verschlechtert hat. England hatte durchschnittlich ebenso große Auftragsbestände wie die Werften aller übrigen Länder zusammen. Gerade im letzten Jahr hat sich dies Verhältnis aber stark verschoben. England hat eine Abnahme von 62%, die übrigen Länder insgesamt dagegen nur einen Rückgang von 17% zu verzeichnen. Infolge dieser recht ungünstigen Sonderbewegung hat man auch in England eine Reihe von Plänen geprüft, um die frühere Stellung im Weltschiffbau wieder zurückzuerobieren. Abgesehen von den Bestrebungen, die minder leistungsfähigen Betriebe planmäßig stillzulegen und dadurch die Wettbewerbsbedingungen für die übrigbleibenden Werften zu bessern, denkt man in letzter Zeit auch daran, durch besonders billige Kreditbedingungen den Schiffbau anzukurbeln. Wir glauben jedoch nicht, daß diese Bestrebungen befondern Erfolg haben, denn auch der Erwerb eines verhältnismäßig billigen Schiffes hat für den Reeder nur dann Interesse, wenn er in der Lage ist, die alten Schiffe zu einem einigermaßen günstigen Preise zu verkaufen. Die Verkaufspreise für alte Fahrzeuge sind aber aufs äußerste gedrückt, und da auch die Schrottpreise keinen Anreiz bieten, alte Schiffe abzuräumen, dürften die Reeder zurzeit kaum geneigt sein, von der ihnen durch billigeren Kredit gebotenen Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Aussichten für Reichsbahnaufträge. Die deutsche Wirtschaftskrise hat sich auch auf Verkehr und Einnahmen der Reichsbahn ausgewirkt. Ihre Gesamteinnahmen sind in den Monaten Januar bis Juli im Vergleich zum Vorjahre um weiter 14,7 Prozent, im Vergleich zu 1929 sogar um 25,4 Prozent zurückgegangen. Im reinen Güterverkehr beträgt der Ausfall 16,7 Prozent bzw. 30,5 Prozent. Für 1931 rechnet man mit einer Gesamteinnahme von 3,8 Milliarden Reichsmark (gegen 4,7 Milliarden Reichsmark im Jahre 1930 und 5,3 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929) und einem Defizit von 600 Millionen Reichsmark. Es bleibt daher der Reichsbahn nicht erspart, die sachlichen wie personellen Ausgaben zu vermindern. Die Kürzung der Ausgaben für Aufträge und Lieferungen wirkt sich für die Wirtschaft sehr stark aus, weil die Reichsbahn einer der größten Auftraggeber in Deutschland ist. Sie hat für Aufträge und Lieferungen verausgabt:

1927	1,8 Milld. RM
1928	1,5 Milld. RM
1929	1,5 Milld. RM
1930	1,4 Milld. RM
1931 (voraussichtlich)	0,9 Milld. RM

Der Ausfall von 500 Mill. RM Aufträge hat u. a. dazu geführt, daß die Waggon-Industrie sich kürzlich mit einer Denkschrift an die Reichsregierung, Reichsbahn usw. gewandt und darin um eine stärkere Auftragsverteilung nachgesucht hat, weil sie sonst gezwungen werde, Werke ganz oder zum Teil stillzulegen. Inzwischen ist die letztere Absicht bereits verwirklicht worden oder in Aussicht genommen, nachdem die Reichsbahn erklärt hat, daß außer ihrem derzeitigen finanziellen Unvermögen auch ein sachliches Bedürfnis für zusätzliche Aufträge nicht vorliege. Die Reichsbahn weist darauf hin, daß sie seit einigen Monaten bereits 100 000 Wagen und 3000 Lokomotiven — weil überzählig — aus dem Betriebe zurückgezogen habe und diese Zahl im kommenden Winter wahrscheinlich noch erhöhen müsse. Es könne ihr daher nicht zugemutet werden, jetzt Aufträge zu erteilen, für welche keine Notwendigkeit vorhanden sei und auch die Geldmittel fehlten.

Für 1931 sieht das Auftrags-Programm der Reichsbahn 107 Dampf-, 54 Klein- und 10 elektrische Lokomotiven, 37 Triebwagen, 808 Personen-, 141 Gepäc-, 212 Bahndienst-, 5 Großraumgüter-Wagen und 1 Bodensee-Schiff vor. Da diese Aufträge sehr frühzeitig erteilt wurden, sind sie inzwischen fast restlos durchgeführt. In der Lieferindustrie macht sich nun ein Mangel an weiteren Aufträgen bemerkbar, zumal die Lieferungen an Klein-, Privat- und

Straßenbahnen in diesem Jahre fast ganz ausgefallen und Auslandsaufträge sehr gering sind.

Im Oberbau liegen die Verhältnisse günstiger, da die Beanspruchung des Unter- und Oberbaues durch den Verkehrsrückgang kaum geringer geworden ist. Hinzu kommt, daß hier die Erneuerung im Rückstande ist. Nach Angaben der Reichsbahn in ihrer Tarifbeschriftung vor etwa drei Jahren waren damals 7700 Kilometer Gleiserneuerung rückständig. Da man mit einer jährlichen Erneuerung von 2400 Kilometer Gleis rechnet, sind in den Jahren 1929 bis 1931 weitere 7200 Kilometer hinzugekommen. Die wirkliche Erneuerung betrug in der gleichen Zeit rund 8200 Kilometer, so daß zurzeit noch gegen 6000 Kilometer Gleis erneuerungsbedürftig sind. Um diese Arbeiten in Angriff zu nehmen, hat die Reichsbahn in diesem Jahre bereits 50 000 Aushilfsarbeiter eingestellt, die jedoch mit Eintritt des Winters bei Einstellung der Arbeiten wieder zur Entlassung kommen werden. Immerhin besteht hier die Möglichkeit, im kommenden Frühjahr 100 000 Arbeiter zu beschäftigen. Hierzu käme noch eine entsprechende Zahl von Arbeitern in der Industrie, die mit der Herstellung von Schienen, Schwellen, Klein-eisenzeug usw. beschäftigt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings daß die Frage der Geldbeschaffung gelöst wird, da die Reichsbahn selbst nicht in der Lage ist, die entsprechenden Summen dafür aufzubringen. Das verhältnismäßig günstige Ergebnis der sogenannten Amnestieanleihe dürfte jedoch die Aussichten in etwa verbessern.

Die Waggonindustrie wird dank des Ergebnisses der Reichsbahnanleihe nicht die schon befürchteten Einschränkungen vornehmen. Die Reichsbahn kann nun ihr großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Durchführung bringen. Neben der bekannten Auftragserteilung an die Eisenindustrie sollen auch größere Mittel für Bestellungen an rollendem Material bereitgestellt werden, um auf diese Weise der vor der völligen Stilllegung stehenden Waggonindustrie neue Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Hierdurch wird auch eine Ankurbelung der zahlreichen Lieferindustrien der Waggonindustrie erreicht, die durch den völligen Auftragsmangel der Waggonfabriken zu starken Betriebseinschränkungen gezwungen waren. Die Höhe der an die Waggonindustrie zur Dergebung kommenden Aufträge steht noch nicht genau fest, doch nimmt man an, daß der größte Teil des Restbetrages aus der Reichsbahnleihe zu diesem Zweck verwandt wird. Bei der beschleunigten Verteilung bzw. Zusage der Aufträge wird es möglich sein, die zu Ende bzw. Anfang des nächsten Monats vorgesehene völlige Stilllegung zahlreicher Waggonbetriebe zu vermeiden und die bereits stillgelegten Fabriken in absehbarer Zeit in Gang zu setzen.

Man wird durch diese Maßnahme ferner eine Erleichterung des Arbeitsmarktes herbeiführen können, die sich insbesondere auf die von den geplanten oder bereits zur Durchführung gekommenen Stilllegungen betroffenen Kommunen auswirken wird.

Zusammenschluß in der deutschen Flugzeugindustrie. Die seit einiger Zeit schwebenden Fusionsverhandlungen zwischen den Flugzeugfirmen Focke-Wulf Flugzeugbau A.-G. in Bremen und Albatros Flugzeugwerke G. m. b. H. in Berlin-Johannisthal sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Der erfolgte Zusammenschluß beider Unternehmungen findet seinen Ausdruck in folgender Regelung der Kapitals- und Betriebsverhältnisse: Die Firma Focke-Wulf Flugzeugbau A.-G. übernimmt die Albatros Flugzeugwerke G. m. b. H. und erhöht zu diesem Zweck ihr Aktienkapital von 200 000 auf 285 000 RM. Den Vorsitz des Aufsichtsrates übernehmen die Herren Dr. Huth und Generalkonjunkt Dr. Roselius. Angesichts der schmalen Absatzbasis der deutschen Luftfahrtindustrie stellt die Zusammenlegung zweier Werke einen Fortschritt auf dem Wege zur Rationalisierung dar, um so mehr als gerade bei der Flugzeugindustrie die kostspieligen Entwicklungsarbeiten gegenüber dem reinen Serienbau einen verhältnismäßig breiten Raum einnehmen. Bei Focke-Wulf und Albatros ergänzen sich außerdem die technischen Grundstücke der einzelnen Betriebe. Die Focke-Wulf Flugzeugbau A.-G., gegründet Anfang 1924, hat sich in der letzten Zeit hauptsächlich mit dem Bau von Verkehrsflugzeugen beschäftigt; sie pflegt den Gemischtbau, d. h. die Verwendung von Holz und Stahl. Die Albatros Flugzeugwerke G. m. b. H., die bereits über 20 Jahre besteht, hat in den letzten Jahren vorwiegend Schul- und Übungsflugzeuge gebaut und daneben sehr ausichtsreiche Metallbauverfahren entwickelt.

Propeller aus Stroh. Aus ausgedroschenen, fein zermahlenden Getreidehalmen läßt sich, wie kürzlich in Amerika ausgeführte Versuche feststellten, ein Material gewinnen, das so hart ist, daß es zur Herstellung von Flugzeugpropellern wie überhaupt zu den verschiedensten Zwecken verwendet werden kann, weil es härter ist als die meisten der bekannten Harthölzer. Das „künstliche Holz“, wie man es in Amerika nennt, ist während der Verarbeitung des Halmes gallertartig, wird aber nach dem Trocknen binnen wenigen Stunden so hart, daß man es sogar als Ersatz für Ziegelsteine gebraucht, sowie auch Böden damit belegt. Es ist mehr als 60 Prozent härter als das Teakholz, das bisher als eines der dauerhaftesten Hölzer der Erde galt. Gleichzeitig haben Versuche ergeben, daß man aus einer aus zermahlenden Getreidehalmen bestehenden Masse auch einen vorzüglichen Ersatz für Kork herstellen kann.

(Fortsetzung von Seite 357)

Statistiken der Verwaltung, des Reiches, des Staates und der Kommunen die „Sozialaufwendungen Deutschlands“ dargestellt werden. Der deutsche Verfasser dieser Denkschrift ist der Ansicht, daß es ein Wahnsinn sei, einem Land Kapital zu leihen, das dieses doch nur den Unterstützungskassen zuführen werde. Wenn Deutschland von Frankreich Kapital erhalte, würde es damit seine Sozialpolitik sanieren. Die Absicht dieser Denkschrift ist, die französische Regierung im Falle von Anleiheverhandlungen zu ermuntern, einen Druck auf die deutsche Regierung in Sachen der „aufgeblähten Sozialpolitik“ auszuüben. Nach der Denkschrift kann man nur auf einen Mann der deutschen Rechten schließen, der diesen Akt wirtschaftlichen Landesverrates begangen hat.

Wirtschaftlicher Wahnsinn. Das „Berliner Tageblatt“ bringt seit einiger Zeit eine interessante Sonntagsbeilage. Aus den verschiedensten Lagern wird zu einem aktuellen Thema Stellung genommen. Zu welchen ungläublichen Mitteln man greift, um die Preise hoch zu halten, dafür brachte diese Beilage „Die Brücke“ verschiedene Beispiele, von denen einige hier angeben seien: In Ceylon pflückte man von jeder Teeepflanze nur zwei statt drei Blätter und drückte dadurch die Ernte im Jahre 1930 um 75 Millionen Pfund herunter. — In Griechenland verbot man schon 1904 die Neuanpflanzungen von Korinthen, und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrodung von Weinbergen angeordnet. Bis 1913 wurden aus diesem Grunde 300 000 Hektar vernichtet. — In Brasilien ließ man 400 Millionen Kaffeeträger eingehen und verringerte dadurch die Produktion auf 15 Millionen Sack, von denen man glaubte, daß sie genügen, um ausreichende Preise zu sichern. Ein Irrtum! Jetzt sollen 60 000 Sack Kaffee zum Düngen verwandt werden, um den Markt weiter zu entlasten. — Der Überfluß an Diamanten wird in weitläufigen Bankstafes verstaubt, ein Flugzeug bringt wöchentlich dreimal ganze Säcke

voll Diamanten nach Kapstadt, wo sie „spurlos“ verschwinden, damit der Preis dieses kostbaren Steines sich hält. — Die Holländisch-Indische Handels-Compagnie ließ Tausende von Zentnern Gewürz verschwinden, nur um den Preis hoch genug zu halten. — Amerika und Ägypten verbrannten früher schon Baumwolle, und daß man in der Neuen Welt die Lokomotiven mit Weizen heizte, klingt wie ein Hohn auf Hungersnot und Elend in anderen Erdteilen. Jeder wird ohne große Mühe diese Beispiele um ein Dutzendes vermehren können. Ob aber auch jeder die richtigen Schlüsse daraus ziehen wird?

Rückgang der deutschen Überseeauswanderung. Das Jahr 1892 war das Rekordjahr der deutschen Auswanderung nach Übersee. Die Zahl der Auswanderer betrug in diesem Jahre 116 359. Dieser Höchststand ist bis jetzt nicht wieder erreicht worden. Allerdings ist die Auswanderungszahl des Jahres 1923 mit 115 416 der Ziffer des Jahres 1892 beträchtlich nahe gekommen. Bereits 1924 nahm die deutsche Auswanderung nach Übersee wieder stark ab. In den Jahren 1924 bis 1928 bewegte sich die Zahl der deutschen Auswanderer nach Übersee zwischen 57 000 und 65 000. Nach 1928 ist die Überseeauswanderung weiter ständig zurückgegangen. Auch die soeben in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Zahlen der deutschen Auswanderung nach Übersee im ersten Halbjahr 1931 lassen die gleiche Entwicklung erkennen. In der Zeit nach der Inflation ist der Rückgang noch nie so stark gewesen wie im ersten Halbjahr 1931. Während in der ersten Hälfte des Jahres 1929 noch 30 452 und in der gleichen Zeit des Jahres 1930 noch 20 277 Deutsche nach Übersee auswanderten, wird für das erste Halbjahr 1931 nur von 6205 deutschen Überseeauswanderern berichtet. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1930 beträgt der Rückgang also ungefähr 70 v. H. Diese Schrumpfung der deutschen Auswanderung nach Übersee ist zum Teil dadurch zu erklären, daß in der letzten Zeit die in Frage kommenden Einwanderungsstaaten die Zureise deutscher und anderer Staatsangehöriger erheblich er-

schwert haben, um den eigenen Arbeitsmarkt zu schützen. Ferner wirkte sich naturgemäß die deutsche Wirtschaftskrise auch auf die Auswanderung aus. Der Drang zur Arbeitsuche im Ausland hat zwar keineswegs nachgelassen; es fehlt aber an den erforderlichen Mitteln zur Finanzierung der Reise und der ersten Aufenthaltswochen.

4140 oder 67 v. H. aller deutschen Auswanderer nach Übersee wählten den Reifweg über Bremen. Über Hamburg wanderten 1917 Deutsche im ersten Halbjahr 1931 aus. Nach den vorläufigen Ergebnissen verließen weitere 148 Deutsche auf dem Wege über fremde Häfen die Heimat. Die Zahl von 148 ist nicht endgültig, weil bei der Aus-

wanderung über fremde Häfen für Antwerpen nur die Ziffern des ersten Vierteljahres 1931 berücksichtigt sind. 3076 Auswanderer waren männlichen und 3129 weiblichen Geschlechts. Somit hat sich im Berichtshalbjahr der Anteil der weiblichen Auswanderer weiter vergrößert. Fast die Hälfte aller Auswanderer haben als Herkunftsland Preußen angegeben, und zwar 2910. Bayern stellt 856, Württemberg 472, Baden 417 und Sachsen 336 Überseeauswanderer. Die verhältnismäßig starken Auswanderungsziffern aus Hamburg und Bremen sind wohl darauf zurückzuführen, daß sich ein Teil der Auswanderer vor ihrer Abreise längere Zeit in diesen Städten aufhielt.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die Rechnung für den Blick durchs Werkstattfenster!

Ein Mannheimer Schreinerereibesitzer hatte beim Arbeitsgericht zu Mannheim eine nicht alltägliche Forderung gegen seinen 4½ Jahre bei ihm beschäftigten Vorarbeiter angemeldet. Derselbe sollte während der Arbeitszeit oft durchs Fenster geschaut und ebenfalls während der Arbeitszeit für seinen eigenen Gebrauch verschiedene Gegenstände angefertigt haben. In der Hauptsache aber hatten die Blicke durchs Fenster den Verdruß des Schreinerereibesitzers erregt. Der hiedere Geschäftsmann verlangte für diese Mißstaten die respektable Summe von 200 RM. Damit die Sache nicht schief ginge, hatte sich der Kläger schriftlich niedergelegte „Beweise“ von einem Lehrling geben lassen und einen Rechtsbeistand mitgebracht. Der Rechtsbeistand mußte aber schon im ersten Termin das Feld räumen, weil er nachweislich im Sinne des § 11 des ArbGG, die Vertretung an Gerichten geschäftsmäßig betreibt. Seitdem fungierte er in allen weiteren Verhandlungen als Zuhörer. Während der Verhandlung wußte der Arbeitgeber seinen als Zeugen mitgebrachten Lehrling für sich günstig zu beeinflussen, weshalb dessen Aussagen auch wenig bewertet werden konnten. Es geht das aus folgendem Satz im Urteil hervor: „Die Aussagen dieses jugendlichen und nahe beteiligten Zeugen erscheinen dem Gericht nicht so zuverlässig, daß auf sie eine Verurteilung des Beklagten gestützt werden könnte.“ Den Aussagen des zweiten Zeugen war nicht zu entnehmen, daß unser Mitglied die für sich angefertigten Gegenstände während der Arbeitszeit hergestellt habe und daß, die Hauptsache, das Schauen durchs Werkstattfenster nicht ungebührlich lange Zeit in Anspruch genommen habe. Da es aber noch keine Vorschriften gibt, wie lange ein Arbeiter den Blick durchs Fenster genießen kann, mußte die Klage vom Arbeitsgericht kostenpflichtig abgewiesen werden. Der Arbeitsgerichtsvorsitzende gab dem Unternehmer, der in Mannheim nicht zu den kleinsten Geschäftsleuten gehört, den guten Rat, wenn er nicht ansehen könne, daß seine Arbeiter durchs Fenster schauen, dann solle er sich die Fenster zumauern lassen.

Neuregelung der Krisenfürsorge. Amtlich wird mitgeteilt: Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist bekanntlich mit Wirkung vom 5. Oktober 1931 ab auf 20 Wochen, bei berufsunfähig Arbeitslosen auf 16 Wochen herabgesetzt worden. Zum Ausgleich hierfür hat der Reichsarbeitsminister nunmehr die Dauer der Krisenfürsorge entsprechend verlängert, und zwar in der Weise, daß die Gesamthöchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung wie bisher 58 Wochen, bei über 40 Jahre alten Arbeitslosen 71 Wochen betragen kann.

Bei der finanziellen Notlage des Reiches, der Gemeinden und Gemeindeverbände mußte sichergestellt werden, daß nur wirklich Bedürftige die Krisenfürsorge erhalten. Es war daher notwendig, die Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit noch mehr als bisher der Regelung anzupassen, die in der öffentlichen Fürsorge

gilt. Um eine möglichst zuverlässige Prüfung der Bedürftigkeit zu gewährleisten, sind über die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern einerseits, den Gemeinden und Gemeindeverbänden andererseits neue Bestimmungen getroffen; auch ist die Entschädigung der Gemeinden für ihre Mitarbeit bei dieser Prüfung allgemein festgesetzt. Die neuen Bestimmungen wurden in der Nummer 30 des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht. Sie treten am 9. November in Kraft.

Literarisches.

Der freiwillige Arbeitsdienst. Im Wichern-Verlag, Berlin-Spannau, ist soeben eine Broschüre mit vorstehendem Titel von der Reichsgeschäftsstelle des kirchlich-sozialen Bundes herausgegeben worden. Zur Information über diese Frage ist die Schrift durchaus geeignet. Insbesondere soll auf die Abhandlungen „Freiwilliger Arbeitsdienst als Arbeiterfrage“ und „Der Kampf um die Tarifverträge und der freiwillige Arbeitsdienst“ hingewiesen werden. Zum Schluß sind die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen aufgeführt, so daß ein guter Überblick über die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes hier geboten wird.

Das Motorfahrzeug von Dipl.-Ing. W. Goepferich, 64 Seiten Gr.-Dkt. mit 38 Abbildungen, Preis RM 2.—. Verlag C. J. E. Volkmann Nachf. G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Das Motorfahrzeug — führerlos und steuerfrei — erfreut sich seiner Billigkeit wegen größter Beliebtheit. Wer im Begriff steht, sich ein solches Rad anzuschaffen, dem wird dieses Buch praktischer Ratgeber und Führer sein. Es versucht in leicht faßlicher, aber ernster Form für die neueste Schöpfung der Motorrad-Industrie, das Motorfahrzeug, zu werben. Wir lernen den inneren und den äußeren Aufbau des „Zweitakters“ kennen. Die Fahrtechnik und das Beheben von Störungen an Motor nehmen einen breiten Raum ein. Des weiteren wird der künftige Besitzer eines Motorfahrzeuges mit den wichtigsten Verkehrs Vorschriften bekannt gemacht und wer Lust hat und über die nötige Zeit verfügt, um das Ausland kennenzulernen, der findet im letzten Abschnitt alles dazu Wissenswerte. Schon dieser kleine Ausschnitt zeigt, welche Fülle an Wissen in diesem Bändchen steckt, das wegen seines gefälligen Äußeren auch als Gabe für den Weihnachtstisch besonders geeignet ist. Dem Büchlein ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Mißmeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Baustellen teilen die Hälfte. Redaktion und Verlan befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluß ist Samstag-Mittag.
Der „Solgarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Solgarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Intarsien jeder Art

Katalog gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau, la. Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk.
2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch

Tonarme, Trichter, Schalllosen und Teller in großer Auswahl sowie

Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9

Original-Süddeutsche Hobelbänke

200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln zum Reklamepreis per Stück 74.— Mk. ab süddeutscher Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken M. E. WALTHER, Dresden 23, Rehefelder Straße 53